

Beratungsförderung für Gründer/innen, Unternehmensnachfolger/innen und Kleinunternehmen

Kann eine Marktwirtschaft ohne regulierende Eingriffe des Staates gerechter sein? Oder muss der Staat ungleiche (regionale) Vermögens- und Einkommensverhältnisse mindestens zum Teil ausgleichen?

Dieses ist nicht nur Konsens in unserer Gesellschaft, sondern steht auch im Grundgesetz: In der Marktwirtschaft sollte sozialen, ökologischen und ökonomischen Fehlentwicklungen auch von Seiten des Staates entgegengetreten werden. So führen wirtschaftliche Konzentrationsprozesse zu mehr Marktmacht, die auf internationalen Märkten oft genug notwendig sind, aber auch zu Wettbewerbsverzerrungen führen, die andere Marktteilnehmer insbes. im Binnenmarkt benachteiligen.

Leider wird über die staatliche Subventionspolitik zu oft das Gegenteil erreicht: Jährliche Subventionen von 56 Mrd. EUR (lt. Bundesregierung) bis 145 Mrd. EUR (lt. IfW Kiel) kommen aus den verschiedensten Gründen mehr den Großunternehmen zu gute, als den Kleinunternehmen und Gründer/innen. Ob es Erhaltungssubventionen für den Bergbau, die Stahlindustrie oder Landwirtschaft, Infrastrukturinvestitionen bei der Ansiedlung und Erweiterung sind oder ob es Forschungssubventionen, Investitionszuschüsse, der Kapitalzugang und die vielen Steuervorteile sind – meistens profitieren Großunternehmen von diesen Subventionen, die oft einen starken Mitnahmeeffekt aufweisen.

Deshalb ist es vor diesem Hintergrund unabdingbar, dass die Gründungsaktivität und das Wachstum von Kleinunternehmen über die verschiedensten Instrumente effektiv vom Staat unterstützt werden. Denn Gründer/innen und Kleinunternehmen haben oft eine zu geringe Eigenkapitaldecke, haben zu oft auch aus diesem Grund Standortnachteile und erarbeiten im Gegensatz zu Großunternehmen und Konzernen eine zu geringe Rendite.

Insbesondere mittelständische Unternehmen und Kleinunternehmer schaffen nicht nur Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sondern unterstützen eine vielfältige Wirtschaftsstruktur die immer wieder neue Impulse schafft und erstarrte Strukturen aufbricht. Gerade in Zeiten wo kapitalstarke, multinationale Konzerne über eine laufende Verbesserung der Arbeitsproduktivität Arbeitsplätze abbauen, ist eine regionale Strukturpolitik, die eine vielfältige, zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur fördert, notwendiger denn je. Hierbei ist ein Baustein die effektive Förderung einer qualitativ hochwertigen Beratung durch freiberufliche Unternehmensberater/innen.

Diese qualifizierte Unternehmensberatung hat aber ihren Preis, den zu viele Gründer/innen und Kleinunternehmer/innen nicht zahlen wollen. Oft sehen sie auch den Nutzen und Wert der Unternehmensberatung nicht. Deshalb ist der Anreiz zur Erstellung eines Unternehmenskonzeptes, zur Begleitung in der Wachstumsphase oder zur Erweiterung des Unternehmens oft ein Beratungskostenzuschuss, der bis zu 2/3 der gesamten Beratungskosten ausmachen kann und oft genug entscheidend die gesamten Beratungskosten vermindert. Ohne Beratungskostenzuschüsse werden viele Gründer/innen und Kleinunternehmer/innen keine qualifizierte Unternehmensberatung, sondern kostengünstige oder sogar kostenlose Kurzberatungen in Anspruch nehmen.

Zur Zeit nimmt die Gründungsaktivität ab und die Anzahl der Liquidationen nehmen zu, dieses trifft insbesondere auf Kleinbetriebe zu [- 15 % / + 7 % (2004 : 2005 (Gewerbemeldestatistik des Statistischen Bundesamtes))]. Gerade dieser Hintergrund und die im Vergleich zu fast allen westlichen Ländern geringere Selbständigenquote in Deutschland begründet die Förderung der Selbständigkeit auf verschiedenen Wegen. Dieses sollte weniger über staatliche Beratungseinrichtungen oder vollständig subventionierte Beratungsstrukturen, sondern mit freiberuflichen Unternehmensberatern, die oft praxis- und umsetzungsorientierter arbeiten, umgesetzt werden.

Insbesondere Deutschland, aber abgeschwächt fast alle westlichen Staaten, befinden sich seit dem starken Wachstum in den 50er und 60er Jahren in einer Strukturkrise: Überholte Strukturen, staatliche Übervorsorge und einmal erworbene Besitzstände werden verteidigt und

verhindern das Entstehen von neuen Märkten mit innovativen Produkten und Dienstleistungen. Folgen sind Wachstumsschwäche, Haushaltsdefizite, hohe Arbeitslosigkeit und fehlende Visionen: Die deutsche „Gefälligkeitsdemokratie“ (Guido Westerwelle) behindert geradezu Reformen und Innovationen. Wir brauchen mehr Kritik als Motor der Erneuerung und die Förderung von Modernisierungsinvestitionen: Hierzu gehört auch die Förderung einer qualitativen Unternehmensberatung insbes. für Gründer/innen und Kleinunternehmer/innen.

Wir müssen mehr Demokratie und mehr Marktwirtschaft wagen, um die Verkrustungen und Erstarrungen aufzubrechen. So können wir mehr neue Unternehmen gründen und damit auch mehr neue Arbeitsplätze schaffen, ökonomischen Wohlstand ermöglichen und soziale Gerechtigkeit in Zukunft besser gewährleisten – und wir müssen den permanenten, längeren Umbau unserer demokratischen Gesellschaft nicht über Erhaltungssubventionen blockieren, sondern über effektive Modernisierungssubventionen fördern.